
Interview mit Bildungsfinanzexperten

"Beitragsfreie Kindergärten sind unnötig"

Renate Allgöwer, 12.03.2011 10:00 Uhr



Investitionen in die frühe Bildung zahlen sich für die Kinder und den Staat am besten aus, sagt der Finanzexperte. Foto: dpa

Stuttgart - Der Staat gibt eher zu viel Geld für die Hochschulbildung und eher zu wenig für die Vorschule aus, sagt der Karlsruher Volkswirt Berthold Wigger. In Baden-Württemberg ist es ein bisschen besser als im Bundesgebiet. Aber auch im Land herrscht Nachholbedarf.

Herr Professor Wigger, die Politik sagt, Investitionen in Bildung zahlen sich immer aus. Ist das in jedem Fall richtig?

Investitionen in Bildung zahlen sich im Grunde immer aus. Allerdings ist das für verschiedene Projekte unterschiedlich. Investitionen in die frühkindliche Bildung zahlen sich in hohem Maße aus. Projekte, die spät im individuellen Lebenszyklus ansetzen, zahlen sich weniger gut aus. So sind die Bildungsrenditen in der Weiterbildung deutlich geringer als die in der frühkindlichen Bildung. Wenn wir die Finanzmittel stärker nach vorne in den Lebenszyklus schieben, verbessern wir damit das Bildungssystem insgesamt.

Wie definiert man Bildungsrendite?

Die Bildungsrendite setzt die Bildungskosten und die Bildungserträge zueinander ins Verhältnis. Im engeren Sinne misst sie, wie sich das in die Bildung investierte Geld und

die Zeit in Form von höheren Arbeitseinkommen verzinsen. Im weiteren Sinne werden auch nichtmonetäre Erträge berücksichtigt, beispielsweise, dass gebildete Personen gesünder sind, bessere Arbeitsbedingungen haben und länger leben. Die Erträge, die den Personen zufallen, die in Bildung investieren, sind die private Rendite. Die gesellschaftliche Rendite bewertet auch höhere Steuereinnahmen, geringere Arbeitslosigkeit und ein besseres soziales Klima.

2010 hat Baden-Württemberg 16,4 Milliarden für Bildung ausgegeben. Ist das zu viel?

Man kann bei der Bildung weder sagen, es ist zu viel, noch, es ist zu wenig. Die Frage ist eher, wie das Geld verwendet wird. In Deutschland haben wir eine gewisse Schieflage, weil eher zu viel öffentliches Geld für Hochschulbildung und Weiterbildung ausgegeben wird und eher zu wenig für vorschulische Bildung.

Wie ist es in Baden-Württemberg?

In Baden-Württemberg ist das Missverhältnis nicht so ausgeprägt wie im Bundesdurchschnitt. Das liegt daran, dass man Studiengebühren hat und dass man verschiedene Projekte zur Stärkung der frühkindlichen Bildung ins Leben gerufen hat. Allerdings ist das noch ausbaufähig.

Wo gibt es Nachholbedarf?

Es wäre zu überlegen, ob man einen Teil des Kindergartens verpflichtend macht. Zumindest in den Fällen, wo die wirtschaftlichen Möglichkeiten nicht gegeben sind, sollten Eltern auf Antrag von den Gebühren befreit werden. Allgemeine Beitragsfreiheit ist aber nicht notwendig. Es gehen ja schon viele Kinder in den Kindergarten, deren Eltern sich das prima leisten können. Für sie wäre Beitragsfreiheit ein reiner Mitnahmeeffekt.

Gibt es Länder, die konsequent früh öffentlich fördern und später private Beiträge erwarten?

In Großbritannien ist es in der Vergangenheit sehr erfolgreich gelaufen. Da hat man systematisch die Mittel von hinten nach vorne umgeschichtet. So ein Umbau dauert einige Jahre. Aber die Früchte stellen sich sicher nach fünf bis zehn Jahren ein.

Die Landesregierung sagt, an Bildung wird nicht gespart, und meint zumeist, dass keine Lehrerstellen gestrichen werden. Wie wichtig sind Investitionen in die Schule?

Ich meine, dass von allen Bildungsbereichen die Schule mit am besten aufgestellt ist. Schule wird aber oft als Reparaturbetrieb missverstanden für Defizite, die bereits im vorschulischen Bereich entstanden sind. Deshalb werden auch die Schulen entlastet, wenn mehr Investitionen in den vorschulischen Bereich fließen.

Warum sind Sie für Studiengebühren?

Die Erträge der Hochschulbildung fallen im Wesentlichen den Hochschülern zu. Sie bekommen in der Regel eine schönere und eine besser bezahlte Arbeit. Es spricht nichts dagegen, dass diejenigen, die diese Früchte ernten, auch dafür bezahlen.

Dass Studiengebühren sozial selektiv wirken, lassen Sie nicht gelten.

Warum nicht?

Studiengebühren wirken dann nicht selektiv, wenn man allen, die an einer Hochschulbildung interessiert sind, die Möglichkeit bietet, das Studium aus öffentlich bereitgestellten Krediten zu finanzieren.

Die Nachfrage nach diesen Krediten ist aber überschaubar.

Das ist ja kein Wunder, bei den niedrigen Studiengebühren.

Wie sieht eine sinnvolle Hochschulfinanzierung aus?

Der Staat kann sich nicht völlig aus der Hochschulfinanzierung zurückziehen. Die Studiengebühren können natürlich nicht für die Forschung an den Universitäten verwendet werden. Die Forschung kommt der Gesellschaft insgesamt zugute, deshalb macht es Sinn, dass sie aus Steuern finanziert wird. Der Staat ist andererseits über die Steuer an den höheren Einkommen der Leute mit Hochschulbildung beteiligt, deshalb kann er sich auch an deren Kosten beteiligen.

Was schlagen Sie vor?

Man sollte zu einem Studiengebührenmodell übergehen, das sich stärker an den tatsächlichen Kosten der Studiengänge orientiert. Studenten der Medizinstudiengänge sollten deutlich mehr Gebühren bezahlen als Studenten der Rechts- oder Wirtschaftswissenschaften. Das funktioniert aber nicht, wenn man im Nachbarland kostenfrei studieren kann.

Sind Sie zuversichtlich, dass sich das Missverhältnis umkehren wird?

Eigentlich schon. Der Zug geht in diese Richtung. Die vorschulische Bildung ist stärker in den Blick geraten, und das bedeutet in Zeiten knapper Mittel, dass man anderswo kürzen muss oder anderswo stärkere Anreize für private Bildungsinvestitionen setzen muss.

Engagiert sich der Staat in ausreichendem Maße bei den Kleinkindern?

Da sehe ich Verbesserungsbedarf. Ich finde die Bildungshäuser nicht schlecht. Sie setzen zwar erst bei den Dreijährigen an, aber immerhin. Inzwischen weiß man, dass Kinder sehr intensiv voneinander lernen. Ökonomisch betrachtet ergibt sich daraus ein externer Effekt. Deshalb bieten solche Einrichtungen einen doppelten Nutzen. Das eigene Kind lernt etwas, und die anderen Kinder lernen etwas von ihm. Damit diese Effekte ausgeschöpft werden, macht es Sinn, Bildungshäuser einzurichten, in denen Kinder intensiv im Austausch voneinander lernen. Wichtig ist, dass auch lernstarke Kinder von lernschwachen lernen. Es lohnt sich hier, weiter zu investieren.

Berthold Wigger: Wigger leitet seit zwei Jahren den Lehrstuhl für Finanzwissenschaft und öffentliche Verwaltung des Karlsruher Instituts für Technologie. In Forschungsprojekten befasst sich der Professor für Volkswirtschaftslehre unter anderem mit alternativen Formen der Bildungsfinanzierung, der steuerlichen Förderung der Gemeinnützigkeit und der künftigen Finanzierung des Alterseinkommens. Er ist Mitglied des Wissenschaftlichen

Beirats beim Bundesfinanzministerium und Finanzexperte des Internationalen Währungsfonds.